

Mechthild Rawert

Im Bundestag für Tempelhof-Schöneberg

kompetent. lebensnah. vor Ort.



...newsletter



Newsletter zur 26. und 27. Kalenderwoche

Liebe Genossin, lieber Genosse,

am 30.06.2010 hat die Bundesversammlung Christian Wulff zum zehnten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Trotz klarer politischer Mehrheiten brauchte der Kandidat von Schwarz-Gelb drei Wahlgänge und konnte selbst im dritten Wahlgang nicht alle Stimmen der Koalition auf sich vereinen. Das zeigt, welchen Zuspruch unser Kandidat hatte. Vor allem von der Bevölkerung hat Joachim Gauck während seiner Kandidatur viel Unterstützung erhalten. Seine - unsere - Themen Freiheit und Demokratie haben die Bürgerinnen und Bürger erreicht. Die neue Diskussion um Demokratie und BürgerInnenbeteiligung, die Gauck angestoßen hat, werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weiterführen. Wir wollen die Distanz zwischen der Bevölkerung und den politischen Institutionen abbauen und das Vertrauen der Menschen in die Politik und in unsere Glaubwürdigkeit wieder stärken.

Enttäuschend waren die Ergebnisse des G-8 und G-20-Gipfels. Ebenso die Kanzlerin, die dazu weder vor dem Parlament noch vor der Öffentlichkeit Stellung bezogen hat. Eine internationale Einigung zur wirksamen Regulierung der Finanzmärkte konnte nicht erreicht werden. Auf der Strecke blieb auch eine Entscheidung über die Beteiligung der Finanzbranche an den Kosten der Krise.

Bildungssenator Jürgen Zöllner hat auf meine Einladung hin in der Fläming-Schule zur inklusiven Bildung in Berlin referiert - ein Thema, das uns alle angeht.

Der Sommer ist mit Macht gekommen. Ich unterscheide die Menschen derzeit in Sonnenblumen und Primeln - die einen blühen auf, die anderen machen schlapp. So oder so: Euch allen wünsche ich viel Freude und Erholung im wohlverdienten Urlaub mit euren Familien und FreundInnen.

Wir sehen uns alle munter wieder zur Einschulaktion am 28. August. Ich freu mich drauf.

Mit besten Grüßen

Deine Mechthild

Berlin, 07.07.2010

Inhalt:

■ Arbeitsmarktpolitik	
Entsenderichtlinie	2
Zweite-Klasse Arbeitsplatz	2
■ Bildungspolitik	
Nationalen Bildungspakt ernst nehmen	3
Inklusive Bildung für Alle	3
■ SPD hilft!	
Spendenaktion für Südafrika	4
■ Außenpolitik	
Frieden im Nahen Osten	5
■ Wirtschaft und Technologie	
Viel Kritik an den Regelungen zur Energieeffizienz	5
■ Gesundheitspolitik	
Zusatzbeiträge statt Parität	6
Kampf um bessere Bezahlung war erfolgreich	6
■ Historisches	
Das Reichstagsgebäude vor 15 Jahren	7
■ Aus dem Wahlkreis	
Kein Geschäft mit der Armut	8
Aufruf zur Mahnwache	8
Klimakiste in die Paul-Natorp-Schule	9
Alle Menschen in Berlin sollen sich wohlfühlen	9
■ Terminankündigung	10

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ **Arbeitsmarktpolitik**

Entsenderichtlinie wieder an ursprünglichen Zielen ausrichten



Durch die Entsenderichtlinie, die seit 1996 europaweit gilt, wird geregelt, zu welchen Bedingungen Arbeitnehmer in einem anderen EU-Staat arbeiten können. Ausländische Unternehmen sind verpflichtet, ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu Arbeitsbedingungen zu beschäftigen, die das Gastland in allgemeinverbindlichen Tarifverträgen und Rechts- und Verwaltungsvorschriften festlegen kann.

In den vergangenen Jahren wurde die Entsenderichtlinie, deren ursprüngliche Ziele ein fairer Wettbewerb ohne Lohndumping und Arbeitnehmerschutz waren, vom Europäischen Gerichtshof zu einer Maximalrichtlinie uminterpretiert. Durch die Entsenderichtlinie dürften demnach nur geringe Mindeststandards festgelegt werden, die auch von den entsendenden Unternehmen eingefordert werden dürfen. Um dieser Uminterpretation entgegenzuwirken, ist es notwendig, die Richtlinie zu revidieren und zurück zu ihren ursprünglichen Zielen zu bringen. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag „Für eine soziale Revision der Entsenderichtlinie“ (Drs. 17/1770) in den Bundestag eingebracht, der am 1. Juli im Plenum diskutiert wurde.

Die SPD-Bundestagsfraktion stellt an eine solche soziale Revision der Richtlinie die Forderung, den Grundsatz „Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort.“ umzusetzen. Nur so kann ein fairer Wettbewerb zwischen den Unternehmen entstehen, der nicht auf Lohndumping basiert. Zudem müssen öffentliche Auftraggeber das Recht haben, bei öffentlichen Aufträgen Tariftreueklauseln anzuwenden, also die Einhaltung von Tarifverträgen als Voraussetzung bei der Auftragsvergabe zu fordern.

In Deutschland wurde die Entsenderichtlinie mit dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz umgesetzt. Bisher existieren nur in wenigen Branchen allgemeinverbindliche Tarifverträge. In den meisten Branchen sind damit keine Standards festgelegt, die auch für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gültig sind. Insbesondere mit Blick auf die Vollendung der Arbeitnehmerfreizügigkeit 2011 fordern wir die Regierung auf, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auszuweiten, damit es Lohndumping in mehr Branchen verhindern kann.

Zweite-Klasse Arbeitsplatz

Anhörung des Ausschusses Arbeit und Soziales zur Leiharbeit

Die ExpertInnen zur Arbeitsmarktpolitik, die sich am 28.06.2010 mit der Leiharbeit befasst haben, sind sich nicht einig: für die einen zeigt der Bericht der Bundesregierung über Erfahrungen bei der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, dass es dort nach wie vor keine stabilen Beschäftigungsverhältnisse gibt, für die anderen ist Zeitarbeit ein Jobmotor, der dem Konjunkturaufschwung ein Stück vorausseilt. Der DGB berichtete, dass Zeitarbeit gekennzeichnet ist von kurzer Beschäftigungsdauer und hohen Lohnunterschieden. Das empfinden die ArbeitnehmerInnen als sehr ungerecht.

Trotzdem halten auch VertreterInnen der Bundesarbeitsagentur an den Erleichterungen zur Einstellung von LeiharbeiterInnen fest, die aus dem Jahr 2003 und 2004 stammen. Für die Unternehmen ein Garant von Flexibilität, verhindern sie, so die Arbeitsmarktpolitik, die Abwanderung von Firmen ins Ausland.

Die Fachleute sprachen sich aber auch gegen die rechtswidrige Praxis aus, Stammebelegschaften zu entlassen und sie dann über angegliederte Zeitarbeitsunternehmen mit geringerem Lohn und ohne Sozialplan wieder zu beschäftigen. Inzwischen haben fast alle Tarifvertragspartner eine sogenannte „Anti-Schlecker-Klausel“ vereinbart, die das noch einmal ausdrücklich regelt.

Trotzdem: die unterschiedliche Wahrnehmung von Gewerkschaftsseite und durch die ArbeitgeberInnenverbände zeigt, dass Leiharbeit, obwohl nach wie vor nur ein Randphänomen mit zur Zeit 6-7 Prozent der Beschäftigten, ein wichtiges Thema ist. An ihr zeigt sich viel von den grundsätzlichen Bewertungen von ArbeitnehmerInnenrechten und Arbeitsleistungen in den Betrieben.

In den weiteren parlamentarische Beratung des Themas sollten wir unsere Forderungen stark vertreten.

■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 3

■ Bildungspolitik

Nationalen Bildungspakt ernst nehmen

Der Nationale Bildungspakt wird von der Bundesregierung leider nicht ernst genommen

Weder tritt die schwarz-gelbe Koalition für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für ein- bis sechsjährige Kinder ein, noch arbeitet sie sichtbar an der Verbesserung des Betreuungsschlüssels für diese Kinder. Wir verlangen mit unserem Antrag zu diesem Thema außerdem, dass bis 2015 die Ausgaben für Bildung und Forschung auf mindestens 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aufgestockt werden. Nur so kann die gute Politik, die wir mit dem Ganztagsschulprogramm und dem Tagesbetreuungsausbaugesetz bereits vor Jahren begonnen haben, effektiv weitergeführt werden.

Die durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der schwarz-gelben Regierung entstandenen Einnahmeausfälle von jährlich 1,6 Milliarden Euro bei den Kommunen müssen kompensiert werden, damit die Kommunen ihrer Aufgabe bei frühkindlicher Bildung und Betreuung gerecht werden können. Weitere Steuerermäßigungen für Gutverdienende schlagen sich unmittelbar in diesen Bereichen nieder. Daher muss auf sie verzichtet werden.



Dagegen sprechen wir uns für einen „Bildungssoli“ aus, mit dem ein Beitrag zur Finanzierung der frühkindlichen Bildung geleistet werden soll. Verzichten soll der Bund auf das Betreuungsgeld. Dieses schafft falsche Anreize: Es wirkt sowohl als Herdprämie für Eltern, zumeist Mütter, als auch als Bildungsfernhalteprämie für Kinder, da diese an der Teilnahme an frühkindlichen Bildungsangeboten gehindert werden.

Inklusive Bildung für Alle



Bericht vom „Diskussionsforum inklusive Bildung: Inklusive Bildung in Berlin“: In der Reihe „Diskussionsforum Inklusive Bildung“ hat sich am 28.06.2010 erstmals Prof. Dr. Zöllner, Senator für Bildung und Wissenschaft, dazu geäußert, wie die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Berliner Bildungswesen umgesetzt werden soll.

Über 180 Interessierte, betroffene Eltern, LehrerInnen, Engagierte aus Behinderten- und Sozialverbänden und Selbsthilfegruppen, aus Krankenkassen, Hochschulen und verschiedenen

Bezirksverwaltungen kamen zusammen, um mit Bildungssenator Zöllner und Frau Prof. Dr. Jutta Schöler, Expertin für inklusive Schulpädagogik, und Mechthild Rawert, Mitglied der Querschnittsarbeitsgruppe Inklusion der SPD-Bundestagsfraktion, zu diskutieren. Die Aula der Fläming-Grundschule war hoffnungslos überfüllt.

Mit der UN-Konvention, die Deutschland im März 2009 in Bundestag und Bundesrat ratifiziert hat, sind wir verpflichtet, einen Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik zu vollziehen. Das heißt für die Bildungsinstitutionen: nicht mehr der einzelne Mensch soll in das Bildungs-System durch erfolgreiche Integrationsarbeit eingepasst werden, sondern das System soll so verändert werden, dass allen Menschen die Voraussetzungen zur Teilhabe und zu bestmöglichen Bildungschancen erhalten. Deutschland ist hier ein Entwicklungsland: Nur etwa 17% der Kinder mit Behinderung besuchen eine Regelschule, in vergleichbaren EU-Nachbarländern sind es bis zu 80%.

In Berlin gibt es rund 7,6 % SchülerInnen mit besonderem Förderbedarf in insgesamt 10 Schwerpunktbereichen. Davon werden rund 42% integrativ, das heißt an Regelschulen, beschult. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 19%. Aber die Berliner Bezirke sind nicht einheitlich: die Spanne geht hier von 19% bis zu 70%. Tempelhof-Schöneberg liegt bei 62% integrativer Beschulung. Nicht zuletzt dank der Fläming-Grundschule, die 1975 die erste Integrationsschule Deutschlands wurde.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 4

Mit der Schulstrukturreform und der Einführung der Sekundarschulen ist bereits ein großer Schritt zu besserer individueller Förderung vorgezeichnet, aber inklusive Bildung geht weit darüber hinaus.

Senator Zöllner hat seinen Willen zur vollständigen Umsetzung der Konvention nachdrücklich bestätigt: Alle Schulen von der Grund- über die Sekundarschule und Gymnasien bis zur Berufsschule werden in die notwendige Umgestaltung einbezogen. Zugleich hat er in 5 Punkten deutlich gemacht, dass es einer längeren Übergangszeit bedarf, um zur Regelbeschulung für Alle zu kommen. Viel Kritik gab es an der in Berlin geltenden Wahlfreiheit für Eltern zwischen Sonder- und Regelschule. Wie sie erhalten werden soll, ohne die Einführung der Inklusion zu behindern, ist eine offene Frage. Aber auch im Bereich der Ausbildung von LehrerInnen, ErzieherInnen und den Fachleuten in den Verwaltungen muss viel verändert werden.



Künftig soll keine Auswahl von SchülerInnen nach Förderdiagnostik stattfinden. Vielmehr soll nach der Aufnahme an der Schule ein jeweils individueller Förderplan erarbeitet werden, nach dem dann besondere Maßnahmen oder Hilfen für das Kind organisiert werden. Dazu bedarf es einer zusätzlichen Qualifizierung der Kollegien, aber auch eine andere Ausstattung der Schulen. Denn wenn alle Kinder überall individuelle Förderung erfahren können sollen, müssen z.B. auch die Musterraumpläne für Schulen überarbeitet werden, nach denen die Kosten für einen SchülerInnenplatz pro Schule kalkuliert sind.

Die größte Sorge der LehrerInnen und Eltern war, dass die Mittelverteilung in Berlin für die schwierige Übergangsphase zulasten der Schulen gehen könnte, die bereits jetzt inklusiv arbeiten und über entsprechende Ausstattungen verfügen. Senator Zöllner hat versprochen, Lösungswege auszuarbeiten, die das ausschließen.

Wie der Übergang zur Inklusion für das Bildungswesen konkret gestaltet werden kann, will der Bildungssenator dem Parlament nach der Sommerpause mit einem Umsetzungsplan und Vorschlägen für Gesetzesänderungen vorlegen.

Die Veranstaltung war laut Prof. Zöllner die erste öffentliche Diskussion, die sich mit den konkreten Umsetzungen der Behindertenrechtskonvention für die Bildung in Berlin befasst hat. *Weitere müssen folgen!*

■ SPD hilft!

Spendenaktion für Kinder und Jugendliche in Südafrika

Mit einem Spendenaufruf an alle Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion hat Frank-Walter Steinmeier uns aufgefordert, die Arbeit der Stiftung Grootbos Foundation in Südafrika zu unterstützen und in unseren Wahlkreisen dafür zu werben. Das tue ich hiermit mit voller Überzeugung sehr gerne.

Die vom deutschen Unternehmer Michael Lutzeyer gegründete Grootbos Foundation ist eine gemeinnützige Stiftung, die sich der sportpädagogischen Erziehung von Kindern und Jugendlichen in Südafrika widmet.

Durch die Sportprojekte, die wir mit unseren Spenden unterstützen können, lernen Kinder und Jugendliche soziale Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen. Das Projekt richtet sich an Kinder aller Ethnien und setzt sich so auch gegen die immer noch spürbaren Auswirkungen der Apartheid ein.



Zum Beispiel Gansbaai

In diesem Projekt haben rund 500 Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 19 Jahren die Möglichkeit, Sport zu treiben und von fachkompetenten TrainerInnen trainiert zu werden. Angeboten wird auch ein begleitendes Bildungsprogramm.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 5

Alle Projekte werden aus Spendenmitteln betrieben. Dass unsere Unterstützung auch tatsächlich bei den Kindern und Jugendlichen ankommt, davon hat sich Sigmar Gabriel schon im Februar 2009 persönlich überzeugen können. Die SPD-Bundestagsfraktion hat beschlossen, Einzelspenden zu bündeln. Ich habe mich selbstverständlich auch an dieser guten Aktion beteiligt.

Weitere Infos zur Stiftung und ihren Projekten finden sich unter: www.grootbosfoundation.org

Spendenkonto:

Grootbos Foundation Förderverein e.V., Sparkasse Lüneburg, BLZ 240 501 10, Konto 265 26, Stichwort: SPD Spendenaktion

■ Außenpolitik

Frieden im Nahen Osten

Einstimmig hat der Deutsche Bundestag am 1. Juli im fraktionsübergreifenden Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zur Aufklärung der Ereignisse um die Gaza-Flottille beschlossen.

Auch mit den Stimmen der Linkspartei hat der Bundestag mit dem Antrag „Ereignisse um die Gaza-Flottille aufklären, Lage der Menschen in Gaza verbessern, Nahost-Friedensprozess unterstützen“ (Drs. 17/2328) Israel aufgefordert, die Blockade des Gaza-Streifens sofort zu beenden. Hintergrund war die Militäraktion israelischer Streitkräfte am 31. Mai 2010 gegen die „Gaza-Solidaritätsflotte“ in internationalen Gewässern, 130 Kilometer vor der Küste Gazas. Neun Menschen starben, etwa 30 Menschen, darunter auch israelische Soldaten, wurden verletzt.

Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, eine internationale Untersuchung des Einsatzes gegen die „Solidaritätsflotte“, wie sie auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen gefordert hat, zu unterstützen. Ebenso wird eine Beteiligung von VertreterInnen des Nahostquartetts daran für sinnvoll erachtet. Zudem soll sich die Bundesregierung für eine Änderung der bisherigen Blockade-Politik Israels gegenüber dem Gazastreifen einsetzen. Diese wird als kontraproduktiv angesehen und dient letztendlich auch den Sicherheitsinteressen Israels nicht.

Ziel des Antrages ist es, die Lage im Nahen Osten zu verbessern und einen tragfähigen Frieden und eine Zwei-Staaten-Lösung zu erreichen. Die Bundesregierung soll auch die Forderung der EU nach einer sofortigen Aufhebung der Gaza-Blockade unterstützen. Sie soll darauf hinwirken, dass die Positivliste von Gütern, die nach Gaza eingeführt werden dürfen, in eine Negativliste verbotener Güter, wie z.B. Waffen, umgewandelt wird. Damit kann die Lebenslage der Zivilbevölkerung in Gaza verbessert werden, ohne die Sicherheitsinteressen Israels zu vernachlässigen. Der Raketenbeschuss aus Gaza und der Waffenschmuggel nach Gaza müssen unterbunden werden. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen soll damit beauftragt werden, mit Israel auch über den Zugang nach Gaza auf dem Seeweg zu verhandeln. Die EU soll Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde das Angebot machen, gemeinsam ein internationales Grenzmanagement aufzubauen, das die Überwachung von Lieferungen nach Gaza sicherstellt und dabei den Waffenschmuggel unterbindet. Die Bundesregierung wird abschließend aufgefordert, sich weiterhin für eine Zwei-Staaten-Lösung einzusetzen.



■ Wirtschaft und Technologie

Viel Kritik an den Regelungen zur Energieeffizienz

Am 28.06.2010 hatten verschiedene Sachverständige Gelegenheit, ihre Kritik am Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie über Energieeffizienz und Energiedienstleistungen vorzutragen. Eingeladen hatte der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 6

Mit dem Gesetz soll ein nationaler Energieeinsparrichtwert festgelegt werden. Außerdem sollen KundInnen von Energieunternehmen mindestens einmal jährlich über die Anbieter von Energiedienstleistungen, Energieaudits und Energieeffizienzmaßnahmen an ihrem Wohnsitz unterrichtet werden. Das ging dem BUND allerdings nicht weit genug. Für die EndverbraucherInnen sei eine verbindliche Zielsetzung beim Energiesparen um mindestens 2 Prozent pro Jahr notwendig, so die Forderung. Gemeinsam mit anderen Sachverständigen wurde auch die Einrichtung eines Effizienzfonds gefordert, der dann die Mittel für diese Arbeit bereitstellen kann. Die Wirtschaftsunternehmen und -verbände klagten dagegen über zu viele Regulierungen und Zertifizierungen, die den Wettbewerb verzerren könnten.

Auf die Auswertung der unterschiedlichen Positionen durch den Wirtschafts- und Technologie-Ausschuss darf man gespannt sein!

■ Gesundheitspolitik

Zusatzbeiträge statt Parität

Gesundheitsminister Josef Rösler hat am 06.07. in einer Pressekonferenz seine Vorstellung einer Gesundheitsreform vorgestellt.

Für mich eher eine komplett gescheiterte Gesundheitspolitik. Diese angebliche Reform verändert wenig auf der Ausgabenseite, statt dessen setzt Rösler bei den Beiträgen der gesetzlich Versicherten an: der Beitrag der ArbeitnehmerInnen steigt von 7,6 Prozent auf 8,2 Prozent, der der ArbeitgeberInnen auf 7,3 Prozent. Der Zusatzbeitrag, den die Kassen ergänzend erheben dürfen, war bislang auf maximal 1 Prozent des Bruttoeinkommens beschränkt, künftig darf er 2 Prozent betragen.



Die Perspektive ist klar: Mittelfristig soll der Zusatzbeitrag nicht mehr gedeckelt werden, die Beiträge von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen gehen immer weiter auseinander.

Das ist unsozial und wird besonders die mittleren Einkommen hart treffen. Für die geringeren Einkommen soll für die Zusatzbeiträge ein Sozialausgleich über die Rentenkasse eingeführt werden. Welcher Verwaltungsaufwand da neu hinzukommt – und ebenfalls bezahlt werden muss – ist noch gar nicht ausgerechnet. Und wer welchen Ausgleichsanspruch hat, ist ebenfalls noch nicht abzusehen. Damit wird wahr, was schon zu Beginn der schwarz-gelben Regierung angekündigt wurde: Gesundheit wird für die gesetzlich Versicherten immer teurer, Einsparreserven durch Effizienzsteigerungen werden nicht genutzt und ein sozialer Ausgleich ist vage und sehr eingeschränkt zu erwarten.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu eine Aktuelle Stunde im Plenum gefordert. Mein Redebeitrag vor dem Parlament zielt auf die Auswirkungen dieser sogenannten Reform auf die Versicherten mit kleinen Einkommen, Behinderte und Kranke. Zeitgleich werden in einer öffentlichen Anhörung über die Zukunft des Gesundheitssystems viele Experten das Wort ergreifen. Eine Vorlage dieser Anhörung ist der Antrag der AG Gesundheit der SPD-Fraktion „Paritätische Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder herstellen“.

Die Aussichten, eine solche Parität wieder herzustellen, ist im Moment denkbar schlecht, statt dessen wird nun doch eine Kopfpauschale eingeführt. Im Papier zur Reform aus dem Bundesgesundheitsministerium heißt es ganz klar: „Unvermeidbare Ausgabensteigerungen werden durch Zusatzbeiträge der Versicherten finanziert.“

Kampf um bessere Bezahlung war erfolgreich

Hebammen erhalten künftig eine bessere Bezahlung für ihre Leistungen.

Die Vertreterinnen der Hebammen haben sich mit dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen am 06. Juli im

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 7

Schiedsverfahren auf höhere Vergütungen geeinigt: Für jede außerklinische Geburt werden nun rückwirkend ab dem 1. Juli 100 Euro mehr bezahlt; für jede Krankenhausgeburt sind dies acht Euro zusätzlich.

Ich hoffe, dass damit die wohnortnahe Versorgung von Frauen und Neugeborenen, die Wahlfreiheit des Geburtsortes und eine individuelle, psychosoziale Betreuung in Deutschland gesichert ist und die hohe Bedeutung der Arbeit der Hebammen weiter gestärkt wird.

Die Aufwertung der Gesundheitsberufe wird in den nächsten Jahren eines der wichtigsten Themen in Deutschland sein müssen. Dazu gehört auch die flächendeckende Absicherung des Bedarfes an Hebammen. Denn der Bedarf an Beratung junger Mütter ist höher als je zuvor.

■ Historisches

Die Verhüllung des Reichstagsgebäudes vor 15 Jahren



Vor 15 Jahren, vom 24. Juni bis zum 07. Juli 1995, begann ein einzigartiges Kunsthappening am Platz der Republik: Christo und Jeanne-Claude, das Künstlerehepaar aus den USA, setzen ihr Projekt „Wrapped Reichstag“ um.

Mehr als 5 Millionen Menschen besuchten in den beiden Wochen bis zum 7. Juli 1995 das vollständig eingehüllte Gebäude, das danach bis 1999 zum Sitz des Deutschen Bundestages umgebaut wurde.

Christo und Jeanne-Claude wurden 1971 durch eine Postkarte auf den Reichstag aufmerksam gemacht. Bereits 1972 fertigte Christo erste Collagen mit dem verhüllten Reichstag an. Nachdem er 1976 erstmals das Gebäude in Berlin in Augenschein genommen hatte, bemühte er sich bis weit in die 1980er Jahre hinein, bei den jeweils amtierenden BundestagspräsidentInnen Annemarie Renger, Karl Carstens, Richard Stücklen und Philipp Jenninger für sein Projekt zu werben. Aber erst Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth eröffnete dem Projekt eine konkrete

Perspektive: Im Dezember 1991 erhielten Christo und Jeanne-Claude von der Bundestagspräsidentin einen Brief, in dem sie ihre Unterstützung für das Projekt zusagte und beide Künstler zur Präsentation ihres Kunstvorhabens nach Bonn einlud. Am 3. Februar 1994 legte der Ältestenrat fest, dass der Deutsche Bundestag über eine Verhüllung des Reichstages entscheiden werde.

Am 25. Februar 1994 wurde im Deutschen Bundestag das Für und Wider des Projektes diskutiert. Fraktionsgrenzen spielten bei dieser Plenardebatte keine Rolle. Die KritikerInnen des Projekts führten vor allem an, dass die Würde des alten Parlamentsgebäudes als politisches Symbol nachhaltig beschädigt werde. Die BefürworterInnen werteten den verhüllten Reichstag im Hinblick auf den anstehenden Umzug von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin als Symbol eines Neuanfangs.

Am 17. Juni 1995 begann die Verhüllung des Reichstagsgebäudes mit einem insgesamt 100.000 qm umfassenden, dicken Polypropylen-Gewebe durch Gewerbekletterer. Diese beendeten ihre Arbeit am 24. Juni 1995. Mit einem insgesamt 15.600 m langen blauen Polypropylenseil wurden die Stoffbahnen zusätzlich verschnürt. Bedingt durch sommerliches Wetter mit viel Sonnenschein wirkte das verhüllte Reichstagsgebäude im Kontrast zum blauen Himmel schneeweiß, obwohl die Stoffbahnen durch eine aluminisierte Oberfläche eher silbern waren.

„Christos verhüllter Reichstag - Symbol für das neue Deutschland“ titelte die New York Times am 23. Juni 1995 und gab damit einer Meinung Ausdruck, die weltweit mit dem Kunstprojekt verknüpft wurde und das Bild des wiedervereinigten Deutschlands prägte. Unmittelbar vor Beginn der Umbaumaßnahmen am und im Reichstagsgebäude, das zum Sitz des Deutschen Bundestages und Herzstück des neuen Parlamentsviertels werden sollte, leistete das temporäre Kunstwerk Christos und Jeanne-Claudes auch einen wichtigen Beitrag zur Imagebildung der geeinten Hauptstadt Berlin. Die Begeisterung der Berlinerinnen und Berliner sowie der rund 5 Millionen BesucherInnen für den „Wrapped Reichstag“ wurde über die nationalen und internationalen Medien global verbreitet und formte so das Bild eines weltoffenen und gastfreundlichen Deutschlands.

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 8

■ Aus dem Wahlkreis

Keine Geschäfte mit der Armut

23.06.2010

Mechthild Rawert unterstützt „Aktionswoche der Schuldnerberatung 2010“



Zur „Aktionswoche der Schuldnerberatung 2010“ mit dem Titel „Geschäfte mit der Armut“ erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert:

Unseriöse Angebote selbst ernannter Schulden- und InsolvenzberaterInnen haben in den letzten Jahren explosionsartig zugenommen, während die Zahl der Schuldnerberatungsstellen in Trägerschaft der Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Verbraucherzentralen eher stagnieren und Ratsuchende oft mit langen Wartezeiten rechnen müssen. Diese Entwicklung ist Besorgnis erregend.

Arbeitslosigkeit, Trennungen und Scheidungen, Niedrigeinkommen, Erkrankungen und gescheiterte Selbstständigkeit sind die häufigsten Ursachen für eine Überschuldung. Die finanzielle und psychische Notlage überschuldeter oder hochverschuldeter Familien und Haushalte wird oftmals von skrupellosen und an der Grenze der Legalität agierenden Geschäftsleuten ausgenutzt. Neben seriösen Anbietern agieren zunehmend auch unseriöse, teils kriminelle Anbieter auf dem Markt. Mit Kleinanzeigen oder per Post erwecken sie den Anschein, Helfer in der Not zu sein.

Um auf diese fatale Entwicklung hinzuweisen, thematisiert die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) diese „Geschäfte mit der Armut“ in ihrer diesjährigen bundesweiten Aktionswoche vom 21. bis zum 25. Juni 2010. Wie in den vergangenen Jahren unterstützt die SPD-Bundestagsfraktion die Aktionswoche der Schuldnerberatung auch in diesem Jahr.

Schuldnerberatung ist ein hocheffizientes Instrument der Armutsprävention und Armutsbekämpfung. Ergebnisse einer Studie für den 3. Armuts- und Reichtumsbericht zur Wirksamkeit von Schuldnerberatung belegen dies eindrücklich.

Die Beratung für Schuldner und Schuldnerinnen muss - auch im Interesse der öffentlichen Haushalte - ausgebaut werden und zwar nicht nur finanziell sondern auch auf der Ebene psychologischer und persönlicher Beratung. Denn wir wissen: Jeder Euro für die Schuldnerberatung führt zu Einsparungen bei Sozialausgaben in Höhe von zwei Euro.

Auch in Berlin gibt es gute und seriöse Beratungsstellen. Diese sind für die Menschen eine große Stütze und sollten unterstützt und ausgebaut werden.

Mechthild Rawert fordert zur Teilnahme an der Mahnwache auf

30. Juni 2010

Am letzten Sonnabend gegen 23 Uhr wurden im Volkspark Friedrichshain mehrere Personen Opfer von schwulenfeindlicher Gewalt. Dazu erklärt die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert:

Mich erschüttert, dass es schon wieder zu schwulenfeindlichen Übergriffen in Berlin gekommen ist. Nach Angaben der Polizei sollen unabhängig voneinander Angriffe auf mehrere Männer innerhalb von zehn Minuten nach gleichem Muster abgelaufen sein. Männer wurden im Volkspark Friedrichshain gefragt, ob sie schwul seien, und zusammengeschlagen noch bevor sie antworten konnten.

Leider gibt es in Berlin immer wieder Gewalttaten gegenüber Lesben, Schwulen, trans- und intersexuellen Menschen. Wir alle sind aufgefordert, jedem Anzeichen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten, uns für den Schutz und die Freiheit einer jeden Person stark zu machen. Wir alle sind zur Bekämpfung einer Ideologie der Ungleichwertigkeit aufgerufen. Wir alle müssen kundtun: Die Würde des Menschen ist unantastbar.



■ **Wahlkreis**

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ **Bundestag**

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ **www.mechthild-rawert.de**



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite 9

Deswegen unterstütze ich den Aufruf von MANEO zur Mahnwache am kommenden Freitag, 02. Juli, 19 Uhr am Spanienkämpfermahnmal im Volkspark Friedrichshain, Friedensstraße.

Setzen auch Sie ein Zeichen. Solidarisieren Sie sich mit den Betroffenen. Zeigen Sie, dass Homophobie und Hassgewalt keinen Platz haben in Berlin!

Übergabe der KlimaKiste an die Paul-Natorp-Oberschule

21. Juni 2010

Am Montag, den 21. Juni 2010, übergab die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert an die Klima-AG der Paul-Natorp-Oberschule in Berlin Friedenau eine KlimaKiste. Während der Übergabe waren die SchülerInnen der Klima-AG mit ihrem Fachleiter für Geographie Herrn Engels, den Stellvertretenden Schulleiter Herr Fuß und der Lehrerin für Erdkunde und Chemie Frau Hege anwesend.

Die KlimaKiste ist Bestandteil des erfolgreichen Klimaschutzprogramms „Aktion Klima!“ des BildungCent e.V., das vom Bundesumweltministerium gefördert wird. Ziel des Programms „Aktion Klima!“ ist es, Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler für die Anforderungen des Klimawandels zu sensibilisieren und zu qualifizieren, für Lösungen zu motivieren und die erheblichen CO₂-Minderungspotenziale in Schulen und Bildungseinrichtungen zu aktivieren.



Mit professionellen Messgeräten und Berechnungen mit Messinstrumenten, Experimentierkästen, Spielen, Wetterstationen aber auch anspruchsvollen Unterrichtsmaterialien und Hintergrundinformationen bietet die KlimaKiste den Schulen die Möglichkeit, Energielecks in der Schule aufzuspüren, durch Verhaltensänderungen im Alltag Energie einzusparen und somit den CO₂-Ausstoß deutlich zu mindern.

Die Paul-Natorp-Oberschule ist im Bereich Klimaschutz sehr aktiv. Sie hat mit Plakaten zum Klimawandel im Jahr 2009 zum ersten Mal den Klimapreis und den Titel Klimaschule Berlin gewonnen. Die Preisträgerinnen wünschten sich für das Preisgeld von 17 000 Euro die Installation einer Solaranlage. Am 15.4.2010 fand die Präsentation für den Klimawettbewerb 2010 statt, an dem sich eine 8. Klasse mit einer Ausstellung zu den Klimazonen, die Klima-AG mit einer Präsentation ihrer bisherigen Arbeit und Vorstellungen zur zukünftigen Solaranlage einbrachte. Mit dieser Präsentation gewann die Schule auch 2010 den Klimapreis mit einem weiteren Preisgeld in Höhe von ebenfalls 17 000 Euro. Die Aufstellung einer Photovoltaikanlage (eventuell auf dem Dach der Turnhalle) würde im Schulgebäude Strom- und Heizkosten sparen und Müll vermeiden.

Die Initiative der Schule finde ich auch unter pädagogischen Aspekten sehr sinnvoll, ich unterstütze sie ausdrücklich und setze mich dafür ein, dass sie auch verwirklicht wird.

Alle Menschen sollen sich in Berlin wohl fühlen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund

24. Juni 2010

„Als Bevölkerung tragen wir alle Verantwortung dafür, ob sich die einzelnen Menschen in unserer Gesellschaft wohlfühlen. Das ist keine Frage, ob jemand einen Migrationshintergrund hat oder nicht. Wir alle wollen Respekt, wollen

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de



■ Mechthild Rawert.

Mitglied des Deutschen Bundestages. Mitglied im Ausschuss für Gesundheit.
Sprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten.

Seite
10

so geachtet werden wie wir sind, wollen angstfrei leben und unsere Talente einbringen können“, betonte die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert auf ihrem Sommerfrühstück „Auf ein Wort Frau Rawert“ am 24. Juni.



Erneut hatte die SPD-Politikerin aus Tempelhof-Schöneberg zahlreiche VertreterInnen aus Vereinen, Verbänden und Initiativen eingeladen, die sich um die Belange von MigrantInnen kümmern. Dieses Jahr fand das Sommerfrühstück in den Räumen des Vereins „Harmonie e.V.“ statt, wo vor allem Projekte für russischsprachige Menschen angeboten werden.

Für viel Gesprächsstoff sorgte das geplante Partizipationsgesetz des rot-roten Senats. Gabriele Gün Tank, Integrationsbeauftragte des Bezirks Tempelhof-Schöneberg, hob hervor, dass das Grundanliegen des Partizipationsgesetzes die Stärkung der Rechte von MigrantInnen ist. So ist die verstärkte Öffnung der Verwaltung für MigrantInnen vorgesehen, die Anerkennung der Muttersprache als zusätzliche Kompetenz, ebenso wie der Abbau von Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Ausbildung. Positiv wurde von den TeilnehmerInnen gewertet, dass der Landesbeirat für Migration im Vorfeld wichtige Impulse für das Partizipationsgesetz einbringen konnte, die von der Politik aufgegriffen wurden. Somit ist das Partizipationsgesetz schon in sich selbst Ausdruck politischer Teilhabe und auch Anerkennung der Durchsetzungsfähigkeit und der vielfältigen Kompetenzen von Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin und stärkt damit das Zusammenwachsen als Berlinerinnen und Berliner.

Gewürdigt wurde der emanzipatorische Ansatz des Gesetzes und dass nicht die üblichen einseitigen Forderungen an die MigrantInnen, sondern vielmehr ihre Rechte auf Teilhabe und Chancengleichheit in den Fokus gestellt werden. Bis zum 6. Juli sind 110 Vereine und Verbände gefragt, ihre Stellungnahmen zum Partizipationsgesetz abzugeben. Einig waren sich die TeilnehmerInnen darin, dass die emanzipatorischen Inhalte des Gesetzes nicht verwässert werden dürfen.

Neben dieser hochpolitischen Debatte kam der Erfahrungsaustausch über die unterschiedlichen Projekte in Tempelhof und Schöneberg nicht zu kurz. Denn das Sommerfrühstück stellt immer auch eine gute Möglichkeit für Vereine und Initiativen dar, ihre Arbeit vorzustellen und sich miteinander zu vernetzen. Aus der Diskussion erhielt Mechthild Rawert weiterhin viele wertvolle Anregungen sowohl für ihre parlamentarische Arbeit als Bundestagsabgeordnete als auch für ihre Funktion als stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion.



■ Terminankündigung

Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik - Konkurrenz oder Ergänzung?

wann: 29. September, 19 – 21 Uhr

wo: Raum noch offen

Mit Hubertus Heil, MdB, und weiteren ExpertInnen zur beruflichen Weiterbildung.

Anmeldungen ab sofort bitte an: eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

oder Telefon: 720 13 884, Fax: 720 13 994

■ Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 720 13 884
Fax: (030) 720 13 994
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de

■ Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 73 750
Fax: (030) 227 76 250
E-Mail: Mechthild.Rawert@bundestag.de

■ www.mechthild-rawert.de

